

„Die Frage ist, was man unter Nachhaltigkeit versteht“

Wolfram König, Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, im Gespräch

Interview Die Entscheidung über ein Für oder Wider die Aufnahme der Atomkraft in ein Finanzierungsprogramm für Nachhaltigkeit und Klimaneutralität der EU soll in den nächsten Monaten fallen. Elisabeth Hafner-Reckers hat den Chef des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, Wolfram König, zu dieser Entwicklung befragt.

In Europa und weltweit ist die Sorge um die Auswirkungen des Klimawandels in der Politik und bei den Menschen angekommen. Die Europäische Union hat darum das Zeitalter des „Green Deals“ ausgerufen und plant derzeit die Ausgestaltung des europäischen Nachhaltigkeitslabels im Finanzwesen („EU-Taxonomie“). Mit dessen Hilfe sollen künftig alle Investitionen der EU auf ihre Nachhaltigkeit und Klimaneutralität hin überprüft werden.

Nach dem offenen Vorstoß von Frankreich und sechs weiteren Staaten soll dabei die Nutzung der Atomkraft aktiv in die EU-Taxonomie aufgenommen werden. Die gemeinsame Forschungsstelle der EU (JRC), an der auch das Bundesforschungsministerium beteiligt ist, empfiehlt demnach Atomkraft als eine nachhaltige Energieform, um so Gelder aus dem EU-Haushalt zu erhalten.

▷ Herr König, Sie befassen sich seit Jahrzehnten mit den Gefahren der Atomkraft und des Atommülls. Ihre jetzige Aufgabe ist es, das Standortauswahlgesetz umzusetzen und damit für die Suche nach einem „bestmöglichen“ Ort in Deutschland für den Atommüll zu sorgen. Was sagen Sie zu den Aussichten, dass uns allen ausgerechnet durch den Green Deal eine Zunahme des Atommülls in Europa droht?

Die Frage ist doch, was man unter Nachhaltigkeit versteht: Wenn es darum geht, die Regenerationsfähigkeit von Umweltsystemen sicher zu bewahren und zukünftigen Generationen keine vermeidbaren Lasten aufzubürden, dann ist der mit hohen Risiken behaftete Betrieb von Atomanlagen und die Erzeugung von hochradioaktivem Atommüll damit schwerlich zu vereinbaren. Es gibt weltweit noch kein betriebsfähiges Endlager für verbrauchte Brennelemente - und selbst wenn ein Staat dahin käme, wäre das weltweit existierende Problem nicht gelöst.

Die Diskussionen auf EU-Ebene dazu laufen ja noch, und die Bundesumweltministerin hat sich hierzu dankenswerterweise bereits eindeutig positioniert. Die fachlichen Argumente hinsichtlich der Risiken der Atomkraftnutzung liegen, uns allen hinreichend bekannt, auf dem Tisch. Ich hoffe, dass diese nun auch in Brüssel gehört werden und industriepolitische Erwägungen dies nicht überlagern.

▷ Sind Sie der Meinung, dass die Gefahren der Atomkraft und damit auch der Lagerung des Atommülls jetzt geringer bewertet sein sollen als die Bedrohung durch den Klimawandel?

Eindeutiges Nein! Diese Gegenüberstellung, ja dieser Versuch, zwei in der Tat sehr große Umweltprobleme zu verquicken, folgt dem alten Muster der angeblichen Alternativlosigkeit. Seit Beginn des Widerstands gegen die Atomenergie erleben wir dieses mit unterschiedlichsten Argumenten – die Schreckens Erzählungen vom dunklen Deutschland ohne Strom bis hin zur Prophezeiung des wissenschaftlichen Niemandslandes ohne Know how. Das Gute ist, dass diesen eher schlichten Bildern ein innovativer Schub bei der Entwicklung von erneuerbaren Energien entgegengesetzt wurde – Windräder, Solaranlagen, Biogas liefern Strom und eben keine Versprechungen, und so geht es eben auch ohne Atomkraft. Und nicht zu vergessen: Allein der immense Zeit- und Geldbedarf für die Planung und den Bau von Atomkraftwerken beantwortet die Frage, ob mit dieser alten Technologie ein ernsthafter Beitrag zur Verminderung der klimaschädlichen Gase erreicht werden kann. Fakt ist, dass dieses nicht allein durch technische Mittel geschehen kann, sondern wir eine grundlegende Transformation unserer Gesellschaft in nachhaltiges Handeln benötigen.

▷ Herr König, Sie erinnern sich sicherlich noch an die Praxis des Entsorgungsnachweises der 80- und 90-er Jahre, der den Bau und Betrieb der bundesdeutschen Atomkraftwerke ermöglichen sollte. Dazu reichte es aus, dass es Verträge zur Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente mit Frankreich und Großbritannien gab oder dass es Fortschritte bei der Erkundung des Salzstocks Gorleben gab. Soll jetzt das deutsche Standortauswahlgesetz dazu herhalten, eine Lösung für die Atommülllagerung zu garantieren und damit den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke in Europa zu ermöglichen?

In der Tat war dies eine unselige Praxis, die Verantwortung für die Produktion von hochgefährlichen Stoffen auf andere Generationen abzuschieben. In Deutschland werden jedoch in gut 17 Monaten die letzten Atomkraftwerke abgeschaltet. Es wird nach einem mit breiter Mehrheit getragenen Bundesgesetz ein Standortauswahlverfahren betrieben, das in sehr vielen Punkten den jahrzehntelangen Forderungen der Kritiker/-innen Rechnung trägt. Gorleben wird aufgrund der geologischen Bedingungen nicht weiter als Endlager verfolgt. Ich frage mich derzeit allerdings, warum es nach solchen wirklichen Erfolgen offenbar in Teilen der Zivilgesellschaft so wenig Selbstvertrauen in die politische Meinungsbildung gibt. Meine Botschaft ist da klar: Lasst uns konsequent das Ziel einer sicheren Endlagerung für die existierenden deutschen Abfälle auch in Deutschland mit einem einmaligen Verfahren verfolgen. Ich habe jedenfalls keine Angst, dass dieser allein auf den Ausstieg ausgerichtete Weg für entgegen gesetzte Interessen missbraucht werden kann.